## "Auf die Barrikaden"

Interview mit dem koreanischen Gewerkschaftsführer Kim

Kim Kwang Ji, 32, gilt als Wortführer der staatlich nicht anerkannten Gewerkschaft "Komitee Selbstverbrennung" im Hyundai-Autowerk. Seit den wilden Streiks der letzten Wochen lebt Kim im Untergrund.

**SPIEGEL:** Warum müssen Gewerkschafter von Hyundai sich vor der Polizei verstecken?

Kim: Trotz Pressefreiheit und demokratischen Wahlen hat sich für den normalen Arbeiter in Südkorea wenig geändert. Fabrikbesitzer, Politiker und die



Gewerkschafter Kim (r.), Mitstreiter "Am liebsten deutsches Modell"

anerkannten Betriebsgewerkschaften paktieren noch immer miteinander. Wer sich wirklich für die Interessen der Arbeiter einsetzt, lebt gefährlich.

**SPIEGEL:** Sie hätten einen wilden Streik ausgerufen und damit gegen die nationalen Gesetze verstoßen, sagt die Regierung.

Kim: Der Streik entstand, weil sich unser Kollege Yang Bong Soo vor dem Werkstor selbst anzündete und nun in Lebensgefahr schwebt. Ursprünglich war Yang gewählter Gewerkschafter, doch die Hyundai-Werksleitung hatte ihn im Februar wegen eines Konflikts mit dem Management entlassen. Als er sich im Mai zu einer ordentlichen Gewerkschaftsversammlung auf dem Firmengelände Zugang verschaffen wollte, kam es zu der Selbstverbrennung. Eine Gewerkschaft, die dagegen nicht auf die Barrikaden geht, vertritt nicht die Interessen der Arbeiter.

**SPIEGEL:** Was halten Südkoreas Unternehmer von der Mitbestimmung?

Kim: Recht wenig. Wenn die Betriebsleitung von Hyundai ein neues Modell einführt und dafür die Akkordzeiten ändert, findet mit den Arbeitern keine Rücksprache statt. Laut Arbeitsgesetz ist pro Betrieb nur eine Gewerkschaft zugelassen, und die hört bei Hyundai auf das Wort des Managements. Daß die Polizei tarifliche Konflikte löst, ist keine Ausnahme.

**SPIEGEL:** Der Sprecher der genehmigten Betriebsgewerkschaft behauptet, ihre Gruppe wolle den Sozialismus einführen. Stimmt das?

**Kim:** Arbeiter, die sich landesweit in sogenannten nichtlegalen Gewerkschaften

organisieren, würden am liebsten ein deutsches Modell der gewerkschaftlichen Organisation verwirklichen. Unser Ziel ist ein unabhängiger Gewerkschaftsbund. Wenn das der Umsturz sein soll, dann ist Deutschland ein sozialistischer Staat.

**SPIEGEL:** Was paßt Ihnen an dem jetzigen Arbeitsgesetz nicht?

Kim: Es ist noch immer ein Instrument der großen Konzerne, um die Arbeiter klein zu halten. Konkurrierende Arbeitnehmerver-

tretungen in einem Betrieb sind genauso untersagt, wie die Kooperation zwischen den Gewerkschaften verschiedener Firmen. Die Militärdiktatur ist beendet, doch die existierende Gesetzgebung ist nur ein demokratisches Feigenblatt.

**SPIEGEL:** Den koreanischen Autoarbeitern scheint es dabei relativ gut zu gehen. Sie verdienen nach Firmenangaben 1700 Dollar im Monat.

Kim: Ich war seit acht Jahren im Werk. Nie kam ich über 1100 Dollar im Monat hinaus. Dafür müssen wir bei Hyundai deutlich länger als in Deutschland arbeiten, manchmal sogar sonntags. Wir Arbeiter haben kaum Urlaub. Die Hyundai-Bosse versuchen an neuer Technik und den Lohnkosten soviel wie irgend möglich zu sparen. Wenn sich die Qualität der Autos in den letzten Jahren trotzdem verbessert hat, dann durch die harte Arbeit und den Schweiß der Autowerker. Dafür wollen wir jetzt einen fairen Anteil an den sozialen Errungenschaften der Gesellschaft.